

Redebeitrag des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzender der CDU Thüringen Dieter Althaus MdL auf der Regionalkonferenz am 12. März 2007, in Gernrode

Herzlichen Dank lieber Mike Mohring für die Eröffnung und Begrüßung als Generalsekretär.

Liebe Freunde und ganz besonders liebe Freunde aus dem Eichsfeld, ich bin gern einmal wieder hier, besonders hier in Gernrode in diesem schönen Saal, wo auch oft gefeiert wird, die Karnevalsaison liegt hinter uns, wir sind in der Fastenzeit und deshalb hat dieser Raum auch jetzt eine andere Aufgabe zu erfüllen. Wir wollen miteinander diskutieren. Ich bin sehr froh, dass so viele gekommen sind hier aus dem Eichsfeld, aus der Nachbarschaft und aus dem Kreis Nordhausen, Kyffhäuserkreis, Unstrut-Hainich-Kreis, gleich mehrere Kreisvorsitzende – eine ist noch vergessen worden – das ist Annette Lehmann aus dem Unstrut-Hainich-Kreis, ebenfalls unter uns Gudrun Holbe und Klaus Zeh.

Und ich freue mich auch, dass aus dem Kabinett fünf Minister da sind, unser Eichsfelder Nachbar Gerold Wucherpfennig, so dass wir sowohl über Finanzen diskutieren können als auch über Bau- und Verkehrsfragen. Wir können über Sozialfragen diskutieren und auch über Europa- und Bundesangelegenheiten. Ich freue mich sehr, lieber Manfred Grund, dass Du da bist, der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion und außerdem in der Führung der Thüringer Bundestagsabgeordneten. Und ich freue mich, dass Du heute zu Hause dabei bist, lieber Rolf Berend. Eine wichtige Woche in Europa liegt ja jetzt hinter uns, der Europarat steht unter Vorherrschaft von Angela Merkel. Vielleicht auch ein Thema, das von Bedeutung ist, weil sehr viele Entscheidungen auf sie zukommen, die auch Wirtschaft in Deutschland und in Thüringen und im Eichsfeld betreffen. Ich freue mich aber auch, dass ganz besonders viele aus den Ortsverbänden gekommen sind. Aber eine will ich hervorheben, weil sie, wenn ich in den Saal blicke, den weitesten Weg zurückgelegt hat, das ist unsere frisch gewählte Landrätin. Seit dem letzten Jahr zeigt sich, da ist nicht nur ein Wechsel von Union zu Union gelungen, sondern da hat die Union einen Landkreis zurück gewonnen. Wir hatten ihn auch 1990 und wir haben ihn dann 1994 verloren, immerhin aus Sonneberg heute hier angereist, liebe Christine Zitzmann, herzlichen Dank, dass Du da bist.

(Beifall)

Die Präsidentin des Thüringer Landtages steht uns allen vor, liebe Dagmar Schipanski, wir haben in den letzten Jahren in den ganz verschiedenen Aufgaben eng miteinander gearbeitet. Gleichzeitig ist sie aber jetzt eingesetzt als Vorsitzende einer Kommission, die in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2009 einmal die Entwicklung der neuen Länder insgesamt analysieren soll, die für die Bundespartei feststellen soll, was ist uns da gelungen und wo sollen möglicherweise die Schwerpunkte nach dem Jahr 2009 gesetzt werden. Also sie sehen, es gibt viele Anknüpfungspunkte, die uns auch eine spannende Diskussion ermöglichen. Ganz besonders freue ich mich, dass gut gestärkt Alexander von Witzleben mit hier vorn ist, damit sie ihn auch die ganze Zeit beobachten können. Herr von Witzleben hat gesagt: Es hat ihm exzellent geschmeckt. So ist das im Eichsfeld, gutes Essen, damit man gut arbeiten kann, auch in den Fastenzeiten.

Herzlich willkommen lieber Alexander von Witzleben, komm bitte gleich mit hier vorne hin.

(Beifall)

Es gibt zwei Schwerpunkte. Um auch für die Diskussion genügend Zeit zu haben und nachdem Alexander von Witzleben aus seiner Sicht zu Fragen der Wirtschaft und Politik das Notwendige gesagt hat, wollen wir auch miteinander diskutieren.

Mike Mohring hat es angesprochen, es geht um Selbstverwirklichung. Was uns verbindet, so heißt unser Programmvorschlag. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel politisch bewegt, das muss ich hier glaube ich nicht näher erläutern, weil blühende Landschaften sind hier sichtbar, wir erleben die Infrastruktur. Sie können auf der A38 jetzt Richtung Osten und Westen fahren und erleben wie die Veränderungen auch ganz konkret gestaltet worden sind. Und wer sich an 1989/90 erinnert, das tun wir alle mit großer Freude leisten, wir sind nicht einfach so in Politik gestartet, sondern wir hatten ein festes Bild vom Menschen - ein christliches Menschenbild, das uns gerade hier in der Region immer verbunden hat und orientiert hat. Es ist aber wichtig, dass wir diese Grundsatzdebatte gerade heute wieder verstärkt führen und deshalb wollen wir zum ersten Mal in der Geschichte in der CDU Thüringen ein Grundsatzprogramm aufstellen, dass nicht nur allein die Alltagsfragen beantwortet, sondern das zuallererst wichtige Orientierung für uns gibt, und feststellen auf welchem Fundament wir stehen, um damit auch aus dieser ethischen Selbstvergewisserung die Frage des Alltags bewerten und beurteilen zu können.

Das ist für eine Volkspartei wie die CDU ganz wesentlich, denn in den rauen Wind der Globalisierung sind wir oft in der Gefahr Alltagsfragen auch nur aus der Alltagsperspektive heraus bewerten zu wollen und das wäre ein Fehler. Wir brauchen etwas Verbindendes in einer Gesellschaft, in der sich der Einzelne immer stärker isoliert, ist dieses Verbindende ganz entscheidend, damit jeder Einzelne nachvollziehen kann, worauf sich unsere politischen Entscheidungen begründen. Deshalb ist es gut, dass wir sowohl mit einer großen Delegation in Rom als auch mit einer großen Unionsveranstaltung in Erfurt als auch auf dem Parteitag in Dermbach und auch an vielen anderen Stellen bisher den Diskussionsprozess in Gang gesetzt haben und dass wir jetzt auf fünf Regionalkonferenzen in Thüringen auch diese Diskussion noch verstärkt mit den Mitgliedern unserer Partei in allen Regionen wünschen. Sie sollten sich aktiv beteiligen, heute oder per Internet. Denn das, was wir hier diskutieren ist nichts Abgehalftertes, nichts, was nur für den Sonntag gilt. Sondern, wenn wir in der Lage sein müssen z. B. unsere aktuellen familienpolitischen Diskussionen zu begleiten und zu erklären, wenn sie in der Lage sein sollen unsere Wirtschaftspolitik zu erklären, warum wir auf Marktwirtschaft setzen, wenn sie in der Lage sein wollen zu erklären, wie unsere sozialen Sicherungssysteme gestaltet werden können, wenn wir Bildungspolitik gestalten, dann haben wir anders als viele Konkurrenten im politischen Feld uns nicht nach dem Alltag gerichtet, sondern dann haben wir uns immer nach Überzeugungen gerichtet, die sich tiefer einbinden lassen, eben in das christliche Menschenbild: Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sind die Grundorientierungen und die müssen jeden Tag neu übersetzt werden. Ich denke an die große Biotechnologiedebatte. Eine Debatte, die ohne die Frage; wie sichern wir Menschenwürde, nicht vorstellbar wäre. Ich denke an die Frage, welche Aufgaben hat der Staat in Zukunft in einer offenen Gesellschaft. Ohne den Bezug zur Freiheit, der individuellen und wirtschaftlichen Freiheit, ist es undenkbar gute Antworten zu finden. Oder ich denke an die Frage: Was muss selbst verantwortlich gestaltet werden in der Familie, in seinem Umfeld in der Kommune und wo muss die übergeordnete Verantwortung greifen - ohne unser Verständnis von Subsidiarität ist die Antwort unvorstellbar. Oder an die wichtige Frage, die in den nächsten Jahren als besondere Herausforderung steht und auf die wir noch keine ausreichende Antwort gegeben haben: was ist an solidarischer Verantwortung notwendig ohne dabei die Eigenverantwortung einzuschränken oder sie nicht ausreichend herauszufordern. Ohne unseren Begriff von Solidarität, der sich vor Ort festmacht, im Kleinen und auch in der Gesellschaft, unvorstellbar. Deshalb ist es keine Theoriedebatte, sondern Selbstverständnis für die

Union, damit wir aus diesem Selbstverständnis heraus auch die Debatten des Alltags bestehen. Denn wir erleben es ja allzu oft am Biertisch, in der Verwandtschaft, bei den Freunden in der Nachbarschaft wie schnell man im allgemeinen Jammer-Ton des Alltags, die raue Schale egal aus welcher Richtung ablehnt oder kritisiert. Es ist wichtig, zu erklären, warum wir in Deutschland welche Entscheidungen vorbereiten und warum die Union zum Beispiel diese oder jene Entscheidungen getroffen hat. Und wenn diese Grundsatzfragen nicht mehr heute auch mit Grundsatzüberlegungen verbunden werden würden, dann würden wir Zeitgeistpolitik betreiben. Und das war nie die Auffassung der Union, dass Zeitgeistpolitik lange prägt, sondern wir haben uns immer tiefer verwurzelt mit unseren politischen Argumenten. Sonst wären wir nicht so weit mit den Lehren.

Nach dem 2. Weltkrieg hat Ludwig Erhard über diese Grundüberzeugung tief beeindruckt und über Jahrzehnte in seiner Forschung vorangekommen die Marktwirtschaft etabliert, 1948. Über diese Grundüberzeugung hat Konrad Adenauer 1957 mit den Partnern die Grundfrage des Sozialstaates definiert. Über diese Grundlagen wurde das, was Helmut Schmidt in seiner Partei nicht umsetzen konnte, der NATO-Doppelbeschluss, umgesetzt, weil damit Sicherheit und Freiheit in Deutschland und in Europa gewährleistet wurde, damit für uns die Perspektive auf Freiheit gegeben war. Und über diese Grundsatzfragen wurde die DDR nicht anerkannt, weil dadurch die Perspektive für Einheit und Freiheit erhalten blieb. All das war in der Geschichte und die Älteren wissen es gut, oft umstritten. Gerade in den alten Bundesländern war die Frage der Anerkennung der DDR in den späten Siebzigern nicht nur eine Streitfrage, sondern für viele eine entschiedene Frage, man sollte die Nachfolge nach dem 2. Weltkrieg endlich anerkennen.

Und wir kommen aus einem Land in dem die es einen Bezirksstaat gab, in der SED und PDS – damals SED und SPD – ein Papier gemeinsam verabschiedet haben, wo all das drinstand: Geraer Forderungen, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter – bei der DDR-Grenzkriminalität und anderes verfasst wurde - und vieles andere. Es gab viele, auch einige wenige der Union, die ein Stück weit diesen Forderungen nachgeben wollten und sagten: Lasst uns nach zwanzig, dreißig Jahren einen Strich unter die Geschichte ziehen. Dann wäre 1989 nur nicht möglich gewesen.

Und wenn wir den letzten Punkt nehmen, 1989/90, auch da waren noch Zweifler sehr weit verbreitet, die nicht unseren Weg wollten, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Sondern die eher einen dritten Weg auf der einen Seite wollten – wir erinnern uns gut daran und die auf der anderen Seite die Einheit nicht wollten, weil sie möglicherweise zu anstrengend zu teuer oder langwierig ist und problematisch gewesen wäre. Deshalb sind

solche Grundsatzfragen aus dem christlichen Menschenbild heraus erklärte politische Diskussionen keine Sonntagsangelegenheit allein, sondern sind mitten im Alltag zu verwirklichen.

Wir haben in fünf Kapiteln überschrieben mit jeweils auch daran orientierten Punkten unsere Sicht der Dinge vorgelegt.

Erstens: Menschenbild. Die Prinzipien habe ich genannt. Sie bleiben nicht nur von Bedeutung, sondern sie werden noch bedeutungsvoller. Sie wissen wie zum Beispiel am Ende des Lebens immer mehr die Menschenwürde in Gefahr gerät – ich denke an die Niederlande, wo inzwischen die Sterbehilfe eine rechtliche Möglichkeit ist und damit über die Menschenwürde des Einzelnen hinweg entschieden wird und ich denke an andere ethische wichtige Debatten, die wir führen müssen.

Zweitens: Gelingendes Leben.

Wir haben vor mehreren Jahren als Thüringer Union eine familienpolitische Debatte begonnen. Wir sind froh, dass jetzt in Deutschland Ursula von der Leyen und vielen anderen, die familienpolitische Debatte ebenfalls stark unterstützen. Kardinal Höffner, der das wichtige Grundlagenbuch für die Bundesrepublik Deutschland geschrieben hat – christliche Gesellschaftslehre - vorher war er als Professor sozialpolitisch engagiert in der Wissenschaft. Hat als Grundprinzip unserer Gesellschaft, als Baustein Nummer eins, als Fundamentbaustein nicht Wirtschaft, nicht Staat, sondern Ehe und Familie. Das ist eben ein so wichtiges Buch, das immer wieder neu erschienen ist, das ist die Grundaussage, darauf baut unsere freiheitliche Gesellschaft. Deswegen sind wir auch als Union leidenschaftlich dafür, dass bei allen äußeren Veränderungen in unserer Zeit, die ich wohl erkenne und die wir auch leben und erleben, wir eines aber nicht machen dürfen, an die Stelle von Ehe und Familie Staat und die Gesellschaft setzen. Im Gegenteil, wir müssen die Mittel so ausrichten, dass auch zukünftig Ehe und Familie in der Mitte der Gesellschaft ein wichtigen und auch gesicherten Platz erhält, weil alleine Ehe und Familie, das Ja-Sagen zu Kindern die Zukunft einer freiheitlichen Gesellschaft erhält. Deshalb bleiben wir die Familienpartei Thüringen und auch die Familienpartei der Bundesrepublik Deutschlands.

(Beifall)

Versuche hineinzuregieren, möge beim ersten Ansehen Hilfe für Familien sein. In Wirklichkeit und das erleben wir sehr oft, wenn man die wichtige Grundsatzdiskussion in Frage stellt, käme man sonst noch auf die Idee, die Partnerschaften verschiedenster Art

der Ehe gleichstellen zu wollen. Wir haben den Artikel 6 im Grundgesetz: Ehe und Familie steht unter dem besonderen Schutz der gesellschaftlichen Ordnung. Wir haben ihn wörtlich in die Thüringer Verfassung im Artikel 17 übernommen. Das war keine Zufallsentscheidung, die war bewusst. Wir stehen dafür, dass Ehe und Familie hochgehalten werden. Deshalb gibt es von uns keinen Vorschlag, das Ehegattensplitting zu kürzen, um auf der anderen Seite etwas für Familie und Kinder zu tun, weil beides gleichermaßen bestimmt gehört, da würde man nur Ehe stärker relativieren und das kann nicht mit der Union getan werden. Und da bin ich dankbar dafür, dass wir von Anfang an deutlich gemacht haben, auch die die der Sozialdemokraten steht für uns nicht zur Debatte, dass man der Ehe, der Familie etwas wegnimmt, um an anderer Stelle mehr zu tun, sondern wir müssen uns anderes überlegen, um erfolgreich Ehe und Familie und Kinder noch stärker zu unterstützen als bisher.

(Beifall)

Dann haben wir in diesem Kapitel auch eine wichtige Aussage, die vielleicht auch nicht mehr so in die Zeit passt. Kirche als Orientierungsort, als derjenigen Institution, die dieser Gesellschaft geistige Substanz mitschaffen hilft. Es gibt ja diesen wunderbaren Satz eines berühmten Verfassungsrichters: „Die Gesellschaft lebt von Voraussetzungen, die sie sich selbst nicht schaffen kann.“ Und die Frage lautet: Wer schafft sie denn dann? Allein eine globale Gesellschaft, in der keinerlei Rückbindung besteht, kann keine Gesellschaft lenken. Wir brauchen eine stärkere geistige Verwurzelung. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern das gilt für ganz Europa. In allen Teilen der Welt nimmt die geistige Orientierung wieder zu. Islamische Länder sind ein Beispiel und manches macht uns in diesem Bereich große Sorge. In den USA sind die geistigen Bewegungen oft in den letzten Jahren auf einen deutlichen Vormarsch. In Südamerika, auch in den ehemaligen kommunistischen Ländern, erkennt man doch, dass man geistige Orientierung braucht und sie fördern fast offiziell die alten Glaubensrichtungen und die alten Orientierungen. Selbst Russland gibt sich fast schon grotesker Weise inzwischen als orthodoxer Staat, um neue geistige Orientierung zu geben und weil sie spüren, ich muss ja zum Menschen kommen. Politik kann das nicht leisten, dazu sind geistige Impulsgeber da. Und wenn der Papst, Johannes-Paul-Nachfolger, Benedikt als Chef der Glaubenskongregation mal einen Aufsatz geschrieben hat mit der Überschrift: „Europa ist krank“, dann nennt er zwei wichtige Krankheitsherde. Der Erste: Wir geben die Zukunft auf, weil wir nicht mehr Familien wünschen. Wir sagen

nicht mehr ja zur Zukunft, weil wir uns nicht mehr für Kinder entscheiden. Und der zweite Grund: Die geistige Orientierungslosigkeit.

Die Aufgabe der Fundamente, die uns Jahrhunderte geprägt haben. Die den Kontinent zu dem gemacht haben, der er heute ist. Das kann man in den Dörfern und Städten, in unserer Kultur und überall in unserem Freistaat erleben. Und deshalb sagen wir: Wir brauchen die Kirchen. Wir brauchen die Glaubenden. Wir brauchen Menschen, die durch ihr Beispiel wieder Orientierung geben, auch davon lebt der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Und wir als christliche Partei sollten das auch sehr offensiv tun, das ist hier nichts Altmodisches, sondern das hat Zukunft, bei der geistigen Orientierung hat das auch die Kraft dazu, sich tagtäglich daran zu orientieren.

(Beifall)

Wir haben dann einen dritten Punkt: Die freiheitliche-demokratische Grundordnung, etwas, was möglicherweise für uns alltäglich und selbstverständlich ist. Auch das stimmt nicht. Zum Beispiel das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung. Oder auch die Frage des Rechtsstaates, der Unabhängigkeit der Justiz oder auch die Frage des Demokratiebewusstseins. Unsere Gesellschaft steht selbstverständlich gerade in einer pluralen Gesellschaft und in einer Gesellschaft, die mitten in der Globalisierung in der Gefahr ist sich aufzulösen, in der Debatte. Sie wissen, wie viele gerade in den neuen Ländern zweifeln an der Wirkfähigkeit der Demokratie. Der Thüringen Monitor hat das für Thüringen infolge beispielhaft beschrieben. Und auch in den alten Ländern zweifeln immer mehr. Sie zweifeln nicht daran, dass die Demokratie an sich die richtige Form ist, sondern sie zweifeln daran, ob die Form die Handlungsfähigkeit aufbringt, die notwendig wäre.

Sie zweifeln daran, ob wir in Bundestag und in Landtag noch genügend Kraft haben, das Notwendige für die heutige Zeit zu entscheiden. Wir brauchen auch das Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung.

Fritz Stern, der große Deutsche, der dann durch den 2. Weltkrieg und durch die Verfolgung der Juden nach Amerika gekommen ist, heute dort noch lehrt und jetzt in diesen Monaten in Jena eine Gastprofessur hat, hat das immer mit dem sehr einfachen aber klaren Ausdruck beschrieben: Die Demokratie braucht Systemvertrauen, braucht Menschen, die dem Grundsatz dieses Prinzips vertrauen und sich auch einbringen. Demokratie braucht Demokraten. Das ist zwar eine Binsenweisheit, aber wir sehen ja wie viele Probleme sich auch zeigen. Dann ist es nicht mehr interessant, politische Diskussion ist nicht mehr

wichtig. Das Engagement, die kommunale Gebietskörperschaft – ehrenamtlich nicht mehr bedeutsam. Viele, die heute hier sind, tun das seit Jahren und leben so Demokratie.

Das heißt, Freizeit opfern, sich in der Kommunalpolitik engagieren und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Übrigens auch zur föderalen Ordnung: Die föderale Ordnung in Deutschland hat Zukunft, sie erweckt Wettbewerb, Eigenständigkeit, unterschiedliches Profil auf struktureller Identität.

Das vierte, ein wichtiges Stichwort, das sicher im Vortrag von Alexander von Witzleben eine Rolle spielen wird, Wirtschaft und Arbeit, sind derzeit auch wichtig – wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.

Der SPD-Vorsitzende, der erste SPD-Vorsitzende der Bundesrepublik Deutschland Schumacher hat damals gesagt, als Erhard 1948 die Marktwirtschaft etabliert hat, sinngemäß: Das ist ein Luftballon, aufgeblasen durch Unternehmertum gefüllt mit stinkendem Liberalismus. Das war Kurt Schumacher 1948 zur Marktwirtschaft von Ludwig Erhard.

Und der DGB-Vorsitzende zu dieser Zeit hat als Antwort auf die Begründung der Marktwirtschaft den ersten Generalstreik und auch den letzten der Bundesrepublik Deutschland im November 1948 initiiert. Das heißt, es war nicht immer unbestritten, dass wir eine marktwirtschaftliche Ordnung haben wollen, ganz im Gegenteil. Es ist ein Prinzip, das die Union eingeführt hat. Walter Eucken und viele andere, die vorgearbeitet haben. Ludwig Erhard, der dann – als jemand, der selbst zutiefst davon überzeugt war, die Kraft hatte, das durchzusetzen. Vor ein paar Jahren hätten wir wahrscheinlich einen politischen Konkurrenten gehabt, der gesagt hätte, der Professor aus Nürnberg und hätte damit die ganze Idee ins Abseits gestellt. Gott sei dank, war Ludwig Erhard damals stark und mutig genug und die Junioren auch überzeugt davon, dass die marktwirtschaftliche Ordnung die wichtigste Grundlage für die Soziale Entwicklung einer Gesellschaft ist. Und deshalb brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft, die auch die Arbeitsmarktpolitik angeht. Freie Zugänge zum Arbeitsmarkt. Das ist wichtig, damit wir wieder mehr Menschen die Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Ich freue mich, dass wir die niedrigste Arbeitslosigkeit seit fünfzehn Jahren in Thüringen haben. Aber wir verkennen auch nicht, dass ein Teil der Menschen seit fünfzehn, sechzehn, siebzehn Jahren keine echte Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt bekommen haben. Es gibt in Deutschland eine zunehmende Arbeitslosigkeit bei den geringer Qualifizierten über Jahrzehnte. Seit

fünfunddreißig Jahren ist dieser Prozess ungebrochen. Da müssen wir uns um Arbeit und Wirtschaft kümmern. In der Priorität um Wirtschaft, damit Arbeit geschaffen werden kann.

Und das letzte Kapitel. Ein Kapitel, das morgen besonders auch im Mittelpunkt steht mit dem Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert: „Heimat und Thüringen“.

Christine Lieberknecht hat als Fraktionsvorsitzende für die CDU-Landtagsfraktion vor wenigen Tagen dazu auch ein Forum im Thüringer Landtag durchgeführt.

Wir sind, glaube ich, für uns hier der Initiative gefolgt, dass Heimat und die Identität uns ganz entscheidend prägen. Gerade, wenn die Welt mehr Möglichkeit bereithält, dann braucht es auch eine Verwurzelung in der Heimat.

Und Deutschland prägt sich aus der Vielfalt der Heimat in jeder Region. Thüringen ist ein gutes Beispiel dafür. Da gibt es nicht nur die Thüringer Identität, sondern da gibt es in jeder Region die Heimatverwurzelung, die dort auch, sei es kulturell und sportlich, die gesellschaftliche Vielfalt dokumentiert. Das ist dann auch eine Struktur, die eine Schicksalsgemeinschaft und eine Erinnerungsgemeinschaft darstellt. Das ist wichtig, damit man weitergibt, was uns wichtig ist. Heimat kann man nicht nur rhetorisch leben und weitergeben, sondern man muss davon überzeugt sein und in der Mitte Europas, in der wir jetzt in Freiheit leben, da ist es, glaube ich, wichtig, dass wir Heimat in Thüringen auch entsprechend konkret mit Beispiel darstellen und leben.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ganz kurz ansprechen, der auch ruhig in der Diskussion heute eine Rolle spielen sollte, wenn Sie dies wollen.

Wir haben jetzt ein wichtiges Jahr 2007, gut zwei Jahre vor der Landtagswahl und gut zwei Jahre vor der Bundestagswahl, gut zwei Jahre vor der Europawahl, gut zwei Jahre vor der Kommunalwahl 2009. Das heißt, in diesen Jahren müssen wir die großen Projekte, die wir Anfang der Legislaturperiode definiert haben, abarbeiten. Das wird nicht einfach, aber wir haben Gott sei dank, seitdem Angela Merkel in Deutschland als Bundeskanzlerin regiert, Rückenwind für diese Entscheidungen. Wir haben zum ersten Mal im letzten Jahr keine Steuermindereinnahmen, sondern wieder Steuermehreinnahmen. Das heißt nicht, wir können uns zurücklehnen, aber das heißt, die Wirtschaft hat eine große Konjunktur.

Und die Prognosen für dieses Jahr sind, gerade heute veröffentlicht, erneut positiv. Aber wir müssen uns trotzdem weiter anstrengen, um zum einen das Gestaltungspotential zu stärken – Wirtschaft, Arbeit, Technologie und Bildung, Familie und zum anderen aber auch unsere Einsparungen zu organisieren. Wir dürfen, gerade vor der Herausforderung der

Zukunft die Augen nicht verschließen. Die Föderalismusreformkommission II, die letzte Woche begonnen hat, hat eine ganz klare Perspektive. Wir müssen politisch alles tun, damit wir selbst den Haushalt so konsolidieren, damit wir so leben, wie das auf dem richtigen Wege üblich ist. Man kann nur das ausgeben, was man hat. Wenn Thüringen also knapp 16 Milliarden Schulden hat, darf dieser Schuldenberg erstens nicht weiter erhöht werden und wenn nur geringfügig in den nächsten Jahren bis wir konsolidiert haben und dann müssen wir dringend an den Abbau.

Über 700 bis 750 Millionen Euro bezahlen wir nur, um diesen Schuldenberg in die Zukunft zu tragen, kein einziger Euro, um ihn zu minimieren. Ganz Deutschland hat nicht einen kleinen Berg, sondern einen Berg von 1,5 Billionen Euro Schulden.

Ich will nicht zurückschauen und Verantwortliche suchen.

Aber die Diskussion darüber, ob wir nicht diese oder jene Ausgaben sichern müssen, um in den nächsten Monaten durch die Rendite erfolgreich zu sein, sollten wir schon führen. Oft gab es auch früher Ausgaben, die uns keine Rendite eingebracht haben, sondern die Menschen nur daran gewöhnt haben, dass es geht. Und deshalb müssen wir in ganz Deutschland konsolidieren, die Bundesrepublik Deutschland, der Bundestag in ganzer Konsequenz, Europa – die müssen nachregeln über Maastricht und wir werden das auch in Thüringen tun. Wir werden daran arbeiten, um das zu erreichen, dass wir 2010 zum ersten Mal dann einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Warum wir dies tun, habe ich auf der einen Seite am Schuldenberg erklärt und ich kann auch noch zwei andere Gründe nennen.

Wir wollen weiter regieren, auch über 2009. Und ab dem Jahr 2009 und 2010 werden die Mittel des Bundes kontinuierlich zurückgehen, jedes Jahr um etwa 200 Millionen Euro. Das heißt, von 2009 bis 2020 wird dieses Land 2,5 Milliarden Euro weniger Einnahmen haben, nur aufgrund der Rückgänge durch den Solidarpakt und den sinkenden Länderfinanzausgleich und durch den Rückgang der Bevölkerung. Und wer weiter regieren will, denkt also auch schon an übermorgen. Und denkt daran, er muss dann weiter gestalten. Verantwortung zu tragen, heißt, die Zukunft im Blick zu behalten. Das heißt, wer heute Verantwortung trägt, muss darauf achten, da sind wir alle in Verantwortung, wie kann kommunal Landes- und auch Bundespolitik gestaltet werden.

Und deshalb wollen wir sparen und gestalten, das heißt einerseits investieren für Wirtschaft und Bildung, für Familie, für Forschung und Entwicklung, für all das, was die Zukunftspotentiale ausmacht. Das ist ganz genauso wichtig wie das Engagement für den ausgeglichenen Haushalt.

Wir werden das gemeinsam erreichen. Aber ich werde auch, Sie alle bitten, mitzuziehen. Sie wissen, wie das ist. Jeder ist überzeugt, wir müssen sparen. Und am nächsten Tag ist aber jeder überzeugt, dass in dem Bereich, in den er engagiert ist, nicht gespart werden darf. Und dieses muss miteinander ausdiskutiert werden. So, dass alle ein Stück einen Beitrag dazu leisten. Denn so ein Landeshaushalt ist nicht eine grüne Wiese, auf der man mal da mäht und mal dort mäht, sondern über 90 Prozent unseres Landeshaushaltes sind festgelegt über Gesetze, über Verordnungen, über Regeln, weil die Landesausgaben da verbindlich festgelegt sind. Die Schulen, die Hochschulen, die Verwaltung, all das, und deshalb ist eine wichtige Aufgabe damit, entschieden die Kommunal- und die Landesverwaltung weiter zu überprüfen und zu verschlanken. Wir werden noch in diesem Monat mit den Kommunen gemeinsam unser Kommunalisierungspaket abschließend besprechen und werden danach eine ganze Reihe von Aufgaben haben, die nicht mehr auf Landesebene, sondern auf kommunaler Ebene entschieden werden. Warum, ist relativ einfach. Erstens Effizienzgewinne, zum Zweiten aber auch schnellere und günstigere Entscheidungen. Immer dann, wenn die Entscheidungsebene und die Betroffenheitsebene zusammenfallen, kann man davon ausgehen, dass man am Problem orientiert, günstigere Entscheidungen bekommt. Denn, wenn die Entscheidungen immer weiter weg getroffen werden, ist der Einzelfall nicht integriert.

Man könnte über konkrete Beispiele reden, die Umweltverträglichkeitsprüfung, man könnte Unternehmen aufzählen, auch mal hier aus dem Landkreis. In den letzten Jahren, entstanden Probleme, weil sie nicht im Landkreis entschieden werden konnten. Deshalb haben wir sehr bewusst die Entscheidung gefällt: Die staatlichen Umweltämter werden aufgelöst und die zwingenden Aufgaben werden auf die Kommune, auf den Landkreis gelegt und dort, wo es überregionale Verantwortung für diese Bereiche gibt, wird das an die Bündelungsbehörde eines Verwaltungsamtes herangetragen. Damit erhöhen wir nicht durch Sonderinstitutionen Probleme, sondern arbeiten wirklich stringent an der Problemlösung. Und deswegen werden wir diesen Prozess ebenfalls in diesem Jahr abarbeiten. Dazu kommen der Doppelhaushalt, ein neues Finanzausgleichsgesetz mit neuen Strukturen aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils und ein großes Paket an Gesetzen, dass diese Kommunalisierung umsetzt. All das werden wir noch vor der Sommerpause in den Thüringer Landtag einbringen, um dann Ende des Jahres dieses Paket auch gesetzgeberisch in Kraft zu setzen. Das ist ein anstrengender Weg und man kann ihn dann erfolgreich begehen, wenn man davon überzeugt ist, dass wir mit unserem christlichen Menschenbild und den sich daraus ergebender Antworten auf dem richtigen

Weg sind. Und wir sind davon überzeugt, weil wir miteinander 1989/90 angefangen haben, ohne genau zu wissen, was alles auf uns zukommt. Wir haben versucht, die Probleme der Region, des Landes und auch jedes Einzelnen so zu lösen, dass immer das christliche Menschenbild unser Ausgangspunkt war, die Orientierung an Menschenwürde, an Freiheit, an Gerechtigkeit, an Solidarität, an Subsidiarität. Das waren unsere Orientierungslinien. Und auf diesem Weg haben wir Thüringen, haben wir Nord- und Südthüringen und auch das Eichsfeld so gestaltet, wie es sich heute entwickelt hat. Es ist eine wunderbare Region in der Mitte Deutschlands. Eine Region, die viele Menschen gern besuchen, die begeistert sind von dem, was in den siebzehn Jahren geschaffen worden ist. Genau mit diesem Geist wollen wir in diesem Jahr auch die schweren Aufgaben lösen. Aber wir wollen nicht nur die schweren Aufgaben lösen und dann möglicherweise mit gedrückter Stimmung in 2008 und 2009 gehen, sondern wir wollen dies frohen Mutes und mit Gelassenheit tun, aber auch mit der Gewissheit, dass wir bis 2009 gemeinsam kämpfen werden, damit wir in der Kommunalpolitik, in der Europapolitik, in der Bundespolitik und vor allem auch in der Landespolitik weiter ausbauen und weiter gestalten können. In diesem Sinne wünsche ich uns einen schönen Abend und eine gute gemeinsame Zeit.
(längerer Beifall).